



Heinrich Potthoff

## **ZWIESPÄLTIGES ERBE, DISSENS UND BRÜCKENSCHLÄGE - GEDENKKULTUR, POLITIK UND VERTREIBUNGSDEBATTE**

### **Einleitung**

Die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich nach dem friedlichen Umbruch ausgesprochen gut entwickelt hatten, wurden in den letzten Jahren durch eine Reihe von Faktoren getrübt. Neben Konflikten in der Sache, persönlichen Animositäten und mangelndem politischen Gespür brachen auch Irritationen über den Umgang mit der deutsch-polnischen Vergangenheit und das historische Gedächtnis in beiden Ländern auf. Die Debatten über ein geplantes Zentrum zur Vertreibung beschäftigen seit Jahren Medien und Öffentlichkeit in beiden Staaten. Die Politik wurde dabei immer wieder gefordert. In Deutschland lief der Diskurs trotz der stetig von Frau Erika Steinbach<sup>1</sup> forcierten Forderungen auf eine Stätte zur Dokumentation und zum Gedenken an die Vertreibungen eher am Rande mit. Schon seit langem ist der von ihr repräsentierte „Bund der Vertriebenen“ weithin ins politische, öffentliche und gesellschaftliche Abseits geraten. In Polen hat er dagegen einen ungleich höheren Stellenwert. Das ist psychologisch wie mental verständlich. Doch er wird natürlich zum Teil auch aus durchsichtigen Interessen politisch instrumentalisiert.

Wenn wir uns über den Stand der deutsch-polnischen Beziehungen Klarheit verschaffen wollen, müssen wir nüchtern darüber Rechenschaft ablegen, wo es hapert, wo Ursachen möglicher Missverständnisse liegen, wo Vorurteile mitwirken,

---

<sup>1</sup> Erika Steinbach war seit 1998 Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen. Sie ist gleichzeitig Bundestagsabgeordnete für die CDU.



wo es an der notwendigen Sensibilität im Umgang mit der anderen Seite mangelt. Dabei sollten wir uns stets bewusst sein, dass es nicht das *eine* Deutschland und ebenso nicht das *eine* Polen gibt. Beide sind demokratisch verfasste freiheitliche Staaten mit einer pluralistischen Gesellschaft mit allerdings unterschiedlichen Erfahrungen und Traditionen. Sie sind enge Nachbarn, Partner in der Europäischen Union und durch vielfältige Netzwerke miteinander verbunden. Trotz mancher Irritationen und Konflikte der letzten Jahre<sup>2</sup> gibt es genügend Beispiele fruchtbarer Kooperation<sup>3</sup> und sogar der Verständigung auf eine europäisch verbindende Gedächtniskultur.

### „Geschichtspolitik“ und historische Signale

Das historische Gedächtnis in Polen und Deutschland ist nicht nur verschieden, es hat auch im öffentlichen Bewusstsein und in der Politik einen unterschiedlichen Stellenwert. Ein Faktor, der es schon schwierig macht, sich zu verstehen, ist das Verständnis von „Geschichtspolitik“. In Polen mögen zwar einige den Gedanken hegen, dass es eine konsistente, richtungsweisende Geschichtspolitik geben könnte. Gewiss betrieb die DDR unter dem SED-Regime über Jahrzehnte eine ganz dezidierte Geschichtspolitik, bei der das Politbüro der SED weitgehend Richtung, Ergebnisse und Bewertungen vorgab.<sup>4</sup> In der pluralistisch und föderalistisch verfassten Bundesrepublik Deutschland war die Vorstellung von *einer* Geschichtspolitik dagegen wesensfremd. Schon deshalb konnte es keine stringente staatliche Geschichtspolitik geben. Das galt erst recht im Blick auf das so schwierige Verhältnis zu Polen.

Es waren die schweren Erblasten aus der NS-Zeit, dem mörderischen Krieg und den Grenzverschiebungen, die Polen und Deutsche trennten, dazu noch überschattet vom Macht- und Systemkonflikt zwischen Ost und West. Worum es zunächst entscheidend ging, waren politische Botschaften, Signale und Gesten mit Blick auf Ausgleich, Verständigung und letztlich Versöhnung. Die ersten Anstöße, das starre Blockdenken des Kalten Krieges zu überwinden und für die Anliegen wie die Traumata der Polen so etwas wie Verständnis aufzubringen, kamen weniger von oben, sondern aus der Gesellschaft heraus. Sie entsprangen vorrangig der Initiative von engagierten Persönlichkeiten und Gruppierungen wie etwa die Ost-Denkschrift der deutschen Evangelischen Kirchen im Jahr 1965<sup>5</sup>, das Memo-

<sup>2</sup> U.a. bei der Frage des neuen EU-Vertrages und der Stimmengewichtung, der Gaspipeline durch die Ostsee, der Preußischen Treuhand und eben eines angemessenen Gedenkens an die Vertreibungen.

<sup>3</sup> So etwa die Europa-Universität Viadrina in Frankfurt am der Oder.

<sup>4</sup> So beschloss etwa das Politbüro der SED verbindliche Richtlinien zur Bewertung und Gewichtung der Novemberrevolution 1918 in Deutschland. In den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts erfolgte dann ein deutlicher Schwenk unter dem Motto, es komme darauf an, sich die breitere deutsche Geschichte anzueignen bis hin zu Luther, Friedrich II. und Bismarck.

<sup>5</sup> Sie trug den Titel: *Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen Nachbarn*, in: *Die Denkschriften der Evangelischen Kirche in Deutschland*, hrsg. von der Kirchenkanzlei der EKD, B. 1, *Frieden, Versöhnung, Menschenrechte*, Gütersloh 1978, S. 77–126.



randum des Bensberger Kreises von 1968, das Maximilian-Kolbe-Werk oder die verdienstvolle Arbeit von Aktion Sühnezeichen. Einen Durchbruch in mehrfacher Beziehung brachte Willy Brandt mit seiner neuen Ostpolitik. Sie war weit mehr als nur Realpolitik, sondern auf ihre Art so etwas wie Geschichtspolitik. Sie brach mit der problematischen Tradition, starr auf deutschen Rechtspositionen zu beharren, und setzte neue Wegmarken gerade auch gegenüber Polen. Brandts Kniefall von 1970 bei seinem Warschau-Besuch, mit dem er sich in Demut vor den Opfern deutscher Verbrechen neigte<sup>6</sup>, war eine eindrucksvolle, wirkungsmächtige Geste. Sie bezeugte, dass dieses von ihm vertretene neue demokratische Deutschland sich der Schrecken und Leiden bewusst war, die es über andere Völker und Menschen gebracht hatte. Indem er symbolisch um Vergebung bat, machte er deutlich, dass nur über die Übernahme der Bürden der Vergangenheit für Deutsche und Polen ein Weg in ein gedeihlicheres Miteinander führen konnte.

Was Brandt mit seinem historischen Schritt anzustoßen suchte, ging später im politischen Alltag der deutsch-polnischen Beziehungen eher unter. Unter seinem Nachfolger Helmut Schmidt, der eine besondere Sympathie für Polen hegte<sup>7</sup>, gestalteten sie sich durchaus positiv. Aber es fehlten die großen symbolischen Akte. Mit Helmut Kohl von der CDU zog 1982 ein Politiker ins Kanzleramt ein, der gezielt Geschichtspolitik betrieb, aber seine ganz eigenen Eckpunkte setzte. Das von ihm initiierte Bonner Haus der Geschichte signalisierte, dass für ihn fast nur die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland mit Konrad Adenauer als Fixstern zählte, quasi losgelöst von der dunklen deutschen Vergangenheit. Für Polen und das ihm zugefügte Unrecht war darin kein Platz. Für Kohl und seine maßgebenden Parteifreunde zählte bis zum deutschen Einigungsprozess mehr das Schielen auf Wählerstimmen aus dem Lager der Vertriebenen und national-konservativ Gesinnten. Verständnis für die Anliegen der Polen besonders in der Grenzfrage brachten damals am stärksten die Sozialdemokratie, die Grünen und weite Teile der Publizistik auf. Die deutsche Politik wie auch in weiten Teilen die deutsche Öffentlichkeit waren also im Blick auf Polen gespalten. Das zeigte sich in den letzten Jahren erneut bei den Debatten um ein Zeichen des Erinnerns für das Schicksal der Vertriebenen.

Aber auch in Polen war das Bild von Deutschland nie so eindimensional, wie es sich manche im Westen wohl ausmalten. Die vom herrschenden kommunistischen Regime propagierte und immer wieder beschworene Formel von der revanchistischen Bundesrepublik spielte lange die zentrale Rolle in der polnischen Innen- und Außenpolitik. Sie personifizierte sowohl Bedrohung wie eine unheilvolle Kontinuität deutscher Politik. Dazu griffen das System und die Propaganda nur zu gern auf historische Negativerfahrungen zurück; Stichworte Deutschritterorden,

<sup>6</sup> Vgl. W. Brandt, *Erinnerungen*, Berlin 1999, Abschnitt „Kniefall in Warschau“, S. 211–219, bes. S. 214; ferner P. Merseburger, *Willy Brandt 1913–1992. Visionär und Realist*, Stuttgart–München 2002, S. 615f.

<sup>7</sup> Vgl. dazu das Kapitel „Polen: unser Nachbar seit tausend Jahren“, in: H. Schmidt, *Die Deutschen und ihre Nachbarn*, Berlin 1990, S. 479–514.



Preußen, polnische Teilungen und vor allem Zweiter Weltkrieg und das Polen zugefügte Leid. Neben dem offiziellen Warschau zeigten sich jedoch auch ganz andere Tendenzen. Erinnert sei nur an den mutigen Brief der katholischen polnischen Bischöfe an ihre deutschen Amtsbrüder von 1965. Ihre Botschaft „Wir vergeben und bitten um Vergebung“ fand bei den deutschen Bischöfen zu wenig Resonanz und im eigenen Land sahen sie sich dafür einer Hetzkampagne ausgesetzt.<sup>8</sup> Im Umfeld der katholischen Kirche und bei politisch-gesellschaftlichen Dissidenten wurden auch später differenziertere Töne laut. Beispielhaft war etwa die sogenannte „fliegende Universität“, bei der Bronislaw Geremek eine gewichtige Rolle spielte.<sup>9</sup> Viele polnische Intellektuelle aus dem Lager von Solidarnosc bezogen schon in den 1980er Jahren eine positive Haltung zu einer möglichen deutschen Vereinigung, die damals noch die wenigsten in Deutschland selbst erwarteten.

Selbst mit Blick auf Zwangsmigration und Vertreibung waren neue Töne zu vernehmen. Über Jahrzehnte waren diese in Polen als gerechte Strafe für die deutschen Verbrechen gesehen worden. Doch nun wurden Zweifel laut, ob dieses alles so richtig gewesen sei. Zwar nicht die Vertreibung schlechthin, aber das damit verbundene Leid und Übergriffe gegen Deutsche wurden bedauert. Dies zeigte sich in vielen Äußerungen bis hin zu den Erklärungen der Außenminister Skubiszewski<sup>10</sup> (1990) und Bartoszewski (1995).<sup>11</sup> Unter den polnischen Historikern und politischen Wissenschaftlern herrschte ohnehin große Offenheit. Sie widmeten sich durchaus kritischen Themen und suchten den Dialog mit ihren deutschen Kollegen. Auch in den Medien und bei vielen Publizisten wurden alte Denkverbote zunehmend obsolet. Allerdings schlug sich in den polnischen Schulbüchern davon nur wenig nieder. Das Thema Vertreibung blieb dort weitgehend ausgespart.<sup>12</sup>

Insgesamt aber entwickelten sich die deutsch-polnischen Beziehungen in den 1990er Jahren ausgesprochen positiv. Dann aber kam es zusehends zu Irritationen. Sie entzündeten sich dabei nicht nur an konkreten politischen Streitfragen (z.B. Gaspipeline durch die Ostsee), sondern gerade auch am Umgang mit der Vergangenheit. Dabei ging es u.a. um das Problem der Kulturgüter und Archivalien, die von Unbelehrbaren erwogenen Entschädigungsforderungen<sup>13</sup> und die Frage, wie die Geschichte von Deportation, Aussiedlung, Zwangsmigration und Vertreibung

<sup>8</sup> Vgl. dazu u.a. *Verlorene Heimat. Die Vertreibungsdebatte in Polen*, hrsg. J. Kranz, K. Bachmann, Bonn 1998; S. Wiesenthal, *Die Sonnenblume*, Gerlingen 1982; W. Pailer, *Stanislaw Stomma. Nestor der polnisch-deutschen Aussöhnung*, Bonn 1995.

<sup>9</sup> Vgl. dazu die eindrucksvolle Schilderung bei F. Stern, *Fünf Deutschland und ein Leben. Erinnerungen*, München 2007, S. 489–492.

<sup>10</sup> Krzysztof Skubiszewski war von 1989 bis 1993 polnischer Außenminister.

<sup>11</sup> Vgl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 14. III. 2002; dazu auch *Die neuen EU-Mitglieder: Motor oder Bremse der europäischen Integration* in: „Akademie-Report“ 2007, Nr. 4, S. 19. Władysław Bartoszewski war im Jahr 1995 für neun Monate Außenminister der Republik Polen. Er gilt als streitbarer Vermittler zwischen Polen und Deutschen.

<sup>12</sup> Dies belegen u.a. auch viele Urteile von polnischen Historikern.

<sup>13</sup> Vgl. J. Kranz, *Polen und Deutschland: getrennte oder gemeinsame Wege der Geschichtsbewältigung? Juristisch-politische Bemerkungen aus polnischer Sicht*, Bonn 2005 (Friedrich-Ebert-Stiftung), S. 48–66.



aufgearbeitet werden sollte. Zwei Modelle standen zur Debatte, ein bilateral europäisch orientiertes<sup>14</sup> und ein national ausgerichtetes Gedenken, worauf das vom BdV propagierte Zentrum gegen Verbreibungen in Berlin zielte.

### Gedenkkultur und historisches Gedächtnis

Die deutsche Gedenkkultur kreiste über viele Jahre im westlichen Deutschland vorrangig um die NS-Zeit, die von Deutschen verübten Gräueltaten sowie den Widerstand gegen das Hitler-Regime, zumeist einseitig fokussiert auf den 20. Juli 1944. Im östlichen kommunistisch beherrschten Teil, also der DDR, wurde unter der Parole des „Antifaschismus“ vor allem der kommunistische Widerstand heroisiert und für das eigene System instrumentalisiert. Während sich dort die Traditionsverortung des kommunistischen Regimes in zumeist gigantischen Denkmälern für den Sieg über den Faschismus und in Statuen der „sozialistischen“ Heiligengestalten manifestierte, gab man sich in der Bundesrepublik mit einigen wenigen Stelen für die „Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft“ eher bescheiden. Sie dienten, wie etwa ein Gedenkstein in Bonn<sup>15</sup>, als Ort für Kranzniederlegungen bei Staatsbesuchen und Gedenktagen.

Eine eigenständige, gewichtige Gedenkkultur konzentrierte sich zumeist auf die authentischen Orte des Geschehens, die Konzentrationslager in Westdeutschland mit ihren Gedenkstätten<sup>16</sup> sowie die Orte in Berlin, wo die Männer des 20. Juli 1944 erschossen und erhängt worden waren<sup>17</sup>. Im Zuge der selbstkritischen Auseinandersetzung mit der düsteren Vergangenheit entfaltete sich ein breites Spektrum des Gedenkens. Es waren oft Initiativen aus der Gesellschaft heraus, häufig von jungen Menschen, die dafür sorgten, dass nun auch an vielen anderen Stellen, wo Menschen eingesperrt, gequält und umgebracht worden waren, sich lebendige Stätten der Erinnerung und der Mahnung entfalteten.<sup>18</sup> Neben der politischen Bildung, die sich um Aufklärung über die NS-Diktatur und ihre Verbrechen bemühte, waren es vor allem die Medien, die diese dunkle deutsche Vergangenheit mit Dokumentationen, Filmen und Artikeln thematisierten und die Erinnerung wach hielten.

<sup>14</sup> Beispielhaft war dafür ein gemeinsamer Aufruf einer internationalen Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung (siehe Abschnitt IV), aber auch die Initiative von M. Meckel, A. Krzemiński und A. Michnik für ein *Zentrum gegen Verbreibungen* in Breslau/Wroclaw; vgl. dazu „Die Zeit“ vom 20. VI 2002, S. 11: *Wo Geschichte europäisch wird*.

<sup>15</sup> Zunächst im Bonner Hofgarten vor dem Hauptgebäude der Universität und wurde dann aus technisch-protokollarischen Gründen auf den Nordfriedhof versetzt, den größten Friedhof der Stadt.

<sup>16</sup> Zu erwähnen sind hier besonders Dachau bei München und Bergen-Belsen in der Lüneburger Heide.

<sup>17</sup> Das Zuchthaus Ploetzensee, in dem die verurteilten Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 erhängt worden waren, und der sog. Bendlerblock in Berlin-Mitte, wo u.a. Claus-Schenk von Stauffenberg nach dem Scheitern des Putsches erschossen wurde.

<sup>18</sup> Einen Überblick über diese unzähligen Orte bieten: U. Puvogel, M. Stankowski unter Mitarbeit von U. Graf, *Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Eine Dokumentation*, 2. erweiterte Auflage, Bd. 1 und 2, Bonn 1995 (Bundeszentrale für politische Bildung).



Im Fokus stand stets der Holocaust, der systematische millionenfache Mord an den europäischen Juden. Das galt gerade auch für das in Berlin errichtete große Holocaust-Mahnmal. Die entscheidenden Anstöße dafür kamen aus der Gesellschaft, vor allem von dem Kreis um die Publizistin Lea Rosh. Trotz ernsthafter Bedenken, die gerade von den bestehenden authentischen Gedenkstätten kamen, entschied sich die Politik schließlich dafür. Wie vorauszusehen, mahnten nun auch andere Opfergruppen eigene spezifische Mahnmale in Berlin an, so etwa die Sinti und Roma und schließlich auch die sonst wenig beachteten Opfer der NS-Euthanasie.

Der mörderische Eroberungs- und Weltanschauungskrieg im Osten, die brutale Misshandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen und die unzähligen Verbrechen an der Zivilbevölkerung, gerade in Polen, wurden zwar in der Wissenschaft intensiv erörtert und in Publikationen wie mit Ausstellungen thematisiert. Erinnert sei nur an die in vielen Städten gezeigte große Wehrmachtsausstellung „Vernichtungskrieg“ über die Untaten im Osten, die auf reges Interesse stieß.<sup>19</sup> Auch das mehrjährige Ringen um die Entschädigung der Zwangsarbeiter fand breiten Zuspruch und starke Resonanz. So drang auch mehr davon durch, wie Polen unter der NS-Herrschaft gelitten hatten.

In der breiten Öffentlichkeit ist das Verständnis für Polen und die historischen Belastungen, die bis heute nachwirken, insgesamt freilich weniger spürbar. Der Nachbar Polen ist im Bewusstsein vieler Deutsche noch immer wenig präsent. Die Kenntnisse unter dem deutschen Durchschnittsbürger über das, was unter der NS-Herrschaft den Polen angetan worden ist, scheinen verschüttet bzw. kaum vorhanden. Abgesehen von Spezialisten und einer Reihe von gutwilligen, engagierten Persönlichkeiten ist das Interesse an Polen, seiner Geschichte und seiner heutigen Entwicklung nicht besonders ausgeprägt. Dazu kommt, dass das Polen-Bild in Deutschland seit dem 19. Jahrhundert eher negativ besetzt war. Die Rede von der „polnischen Wirtschaft“ bzw. „polnischen Zuständen“ steht exemplarisch für die Vorstellung von einer rückständigen, chaotischen Großregion.

In der Zeit nach 1945 dachten die Deutschen beim Stichwort Polen fast automatisch an den Verlust der deutschen Ostgebiete, Flucht, Vertreibung und Zwangsaussiedlungen sowie die Wunde der Oder-Neiße-Grenze. Bei Brandts neuer Ostpolitik waren die deutsche Gesellschaft wie die politische Landschaft tief gespalten. Zu Zeiten von *Solidarność* wirkte die Haltung der Westdeutschen zu Polen ambivalent. Die einen fürchteten um die zum Axiom erhobene eherne Stabilität<sup>20</sup> und andere hegten Vorbehalte gegen diese kirchlich-katholisch geprägte Bewegung. Doch viele Organisationen und einfache Bürger leisteten gleichzeitig in großem Umfang praktische Hilfe für *Solidarność* und die Opfer des Jaruzelski-Regimes.<sup>21</sup>

<sup>19</sup> Daneben gab es allerdings auch heftige, zumeist organisierte Proteste aus der rechten politischen Ecke.

<sup>20</sup> Exemplarisch etwa das Diktum von Egon Bahr, man werde sich von den polnischen Streikenden doch nicht die Entspannungspolitik kaputt machen lassen. Vgl. zum Kontext T. Garton Ash, *Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent*, München–Wien 1993, S. 418–433, bes. S. 427.

<sup>21</sup> Vgl. dazu A. Riechers, *Hilfe für Solidarność. Zivilgesellschaftliche und staatliche Beispiele aus der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1980–1982*, Bonn 2006 (Friedrich-Ebert-Stiftung).



Nach dem demokratischen Umbruch von 1989 und der endgültigen Regelung der Grenzfrage dominierten vorrangig praktische Fragen und Sorgen, die sich aus der offener gewordenen Grenze und über die künftige EU-Mitgliedschaft Polens ergaben, das bilaterale Verhältnis zwischen den beiden Nachbarn. Doch auf diese Phase der Realpolitik, der engeren Kooperation, des Dialogs und der Verständigung folgte ein Bruch.

Nach der Jahrtausendwende begannen sich die Beziehungen zunächst unmerklich und dann spürbarer einzutrüben. Schon fast für überwunden geglaubte Ressentiments brachen wieder auf. Querelen und Kontroversen, ob über das Gedenken an Vertreibung oder den neuen EU-Vertrag, vergifteten das Klima. Bei allen politischen Streitfragen, die in diesen Jahren zwischen der polnischen und deutschen Seite aufbrachen, spielten tradierte Vorurteile, Wunden und Erblasten der Geschichte mit hinein. Wir haben zu akzeptieren, dass es unterschiedliche Sichten der Vergangenheit, der gegenseitigen Wahrnehmung und des Erinnerns gibt. Zur Kehrseite des historischen Gedächtnisses gehören eben auch Vergessen, Verschweigen und Verdrängen. So ist etwa der Warschauer Aufstand von 1944, der brutal niedergeschlagen wurde und mit dem Tod bzw. der Deportation der Einwohner und der völligen Zerstörung der Stadt endete, in Deutschland eher wenig bekannt. Nicht selten wird er mit dem Aufstand im Warschauer Ghetto von 1943 verwechselt. Dass Polen infolge des 2. Weltkrieges seine östlichen Gebiete verlor und auch hunderttausende Polen das Schicksal von Zwangsumsiedlung und Deportation erlitten, ist vielen Deutschen kaum bewusst. Die doppelte Diktaturerfahrung der Polen mit der Nazi-Herrschaft und dem ihnen aufoktroierten kommunistischen System wird oft ebenso übersehen wie die traumatische Furcht vor einem deutsch-russischen Zusammenspiel.

Doch auch in Polen gibt es große Defizite mit Blick auf Deutschland. Das alte Feindbild des westdeutschen „Revanchismus“ wirkt nach, Ängste vor dem großen Nachbarn im Westen sind virulent und werden geschürt, der Betrag des neuen demokratischen Deutschlands zu Frieden und Ausgleich wie die Unterstützung, die es bei Polens Weg in die EU leistete, leicht übersehen. Im Zuge von Wahlkämpfen kam es durch die national-konservativen Kräfte im letzten Jahrzehnt zu einer „Revision der polnischen Deutschlandpolitik“ und einer ausgeprägten „Thematisierung der Vergangenheitspolitik“.<sup>22</sup> Zum einen sollten die polnischen Interessen unter den Kaczyński-Zwillingen nun „hart und brutal“ verfochten werden, zum anderen wurden die Deutschen einer Revision des Geschichtsbildes verdächtigt, ihnen „Geschichtslosigkeit“ vorgehalten und alte Anti-Deutsche Klischees aufgewärmt.

Das waren harte Töne und Überzeichnungen, die Abwehrreaktionen bedingten und dem Klima der Beziehungen abträglich waren. Doch in einem erweiterten Kontext offenbarte sich darin eine ausgeprägte „Asymmetrie“ des geschichtlichen „Gedächtnisses“ von Polen und Deutschen. Die eigenen historischen Erfahrungen wirken nach, sie sind nur schwer auf den anderen übertragbar und sie

<sup>22</sup> Siehe „Akademie-Report“ 2007, Nr. 4, S. 19 (wie oben Anm. 11).





fügen sich nicht einfach in eine verbindende europäische Erinnerungskultur ein. Deshalb kommt es maßgeblich darauf an, wie sie an die künftigen Generationen weitergegeben werden. Neben den Kenntnissen spielen dabei natürlich auch Emotionen mit. Politik, Bildung und Medien haben es mit in der Hand, sie aus eigensüchtigen Motiven negativ zu schüren oder sie durch weise, weichenstellende Maßnahmen und symbolträchtige Akte positiv zu beeinflussen und das gegenseitige Verstehen zu fördern.

### Zur Genesis des umstrittenen Projekts

Nachdem mit der neuen Ostpolitik unter Willy Brandt der Ausgleich mit den östlichen Nachbarn gesucht wurde, bahnte sich eine gewisse Entkrampfung im deutsch-polnischen Verhältnis an. Die Vertriebenenverbände, die damals vehement gegen diese Friedens- und Aussöhnungspolitik zu Felde gezogen waren, verloren zunehmend an Einfluss. Zwar spielte die Rücksicht auf die „Vertriebenen“ und ihre Wählerstimmen bei Helmut Kohls Eiertanz um die Anerkennung der polnischen Westgrenze im Zuge des deutschen Einigungsprozess eine gewisse Rolle. Doch auf der gesellschaftlichen Ebene deutete sich an, dass gutwillige „Vertriebene“ durchaus eine Rolle als Brückenbauer zwischen Polen und Deutschen spielen konnten. erinnert sei etwa an Marion Gräfin Dönhoff von der „Zeit“, die diesen Weg seit langem verfolgte, aber auch an viele andere, die auf unterer Ebene mit Rat und Tat wertvolle Beiträge zu einem gedeihlichen Miteinander leisteten.

Seit Ende der 90er Jahre aber gab es zusehends Irritationen. Zum Stein des Anstoßes für viele in Polen wurde vor allem Erika Steinbach. Seit ihrer Wahl zur Präsidentin des Bundes der Vertriebenen im Jahr 1998 eckte sie zunächst mit harschen politischen Forderungen<sup>23</sup> in Polen an. Zwar steckte sie danach etwas zurück, doch umso hartnäckiger verfolgte sie nun ihr Lieblingsprojekt eines „Zentrums gegen Vertreibungen“. Sie nutzte die Gunst der historischen Stunde. Durch die „ethnischen Säuberungen“ im früheren Jugoslawien, d.h. besonders in Bosnien-Herzegowina, im Kosovo und Teilen Kroatiens gewann das Thema Zwangsausiedlungen neue Aktualität. Mit der Novelle von Günter Grass<sup>24</sup> und in einer Reihe von Fernsehsendungen<sup>25</sup> rückten Flucht, Vertreibung und Leid von Deutschen in den Fokus der Öffentlichkeit. Während beim Diskurs und der Realisierung des Holocaust-Mahnmals wie bei der Zwangsarbeiterentschädigung noch die Verbrechen der NS-Herrschaft und ihre Opfer im Zentrum standen, verlagerte sich das Interesse nun auffällig auf die Deutschen als Opfer.

<sup>23</sup> So verlangte sie, Deutschland müsse den polnischen Beitritt zur EU von einer Regelung der Entschädigungsfrage abhängig machen.

<sup>24</sup> G. Grass, *Im Krebsgang*, Göttingen 2002. Er befasste sich darin mit dem Tod tausender deutscher Flüchtlinge an Bord der torpedierten „Wilhelm Gustloff“.

<sup>25</sup> So u.a. eine mehrteilige ZDF-Dokumentation.



Der alliierte Bombenkrieg, Flucht, Vertreibung und Vergewaltigung wurden zu hervorgehobenen Themen, die sich zu einer Art deutschen Opferdiskurs verdichteten. Durch eine höchst problematische, suggestive Sprache wurden deutsche Kriegsoffer fast mit den Opfern deutscher Verbrechen gleichgesetzt.<sup>26</sup> Mit der Fokussierung auf das Leiden von Deutschen rückten fast zwangsläufig die Untaten des NS-Regimes etwas in den Hintergrund. In den anderen europäischen Ländern, besonders in vorrangig betroffenen wie Polen wurde dies mit Verwunderung, Unverständnis und Verärgerung aufgenommen.<sup>27</sup>

Bei den Initiatoren des „Zentrums gegen Vertreibungen“ zeigte sich häufig der Trend, die Vertreibung der Deutschen als ein schweres Verbrechen gegen die Menschlichkeit anzuprangern und sie so fast auf eine Ebene mit den in den Nürnberger Prozessen abgeurteilten Verbrechen zu heben. Zwar fand Erika Steinbach in Peter Glotz<sup>28</sup> und Ralph Giordano<sup>29</sup> unverdächtige Mitstreiter für eine Stiftung, die das Projekt vorantreiben sollte. Doch die Vorbehalte überwogen. Sie bezogen sich sowohl auf den Bund der Vertriebenen wie dessen Vorsitzende Erika Steinbach. Trotz wortreicher Bekenntnisse zu Gewaltverzicht und europäischer Einheit entzogen sich die BdV-Vertreter im Kern dem „europäischen Verständigungs- und Aussöhnungsprozess“, der nur durch Anerkennung der Fakten und Verzicht auf jede Art von Revisionsansprüchen funktionieren konnte.<sup>30</sup> Abgesehen von der CSU und Teilen der CDU stieß das Projekt in der deutschen politischen Landschaft auf Skepsis bis Ablehnung. Erst recht hagelte es aus Polen zumeist deutliche Kritik. Nachdem führende Vertriebenenfunktionäre mit der Preußischen Treuhand auch noch Entschädigungen reklamierten<sup>31</sup>, löste dies prompt eine heftige Gegenreaktion in Polen aus, das nun seinerseits Reparationsansprüche erhob.<sup>32</sup>

Dies waren bedenkliche Anzeichen einer Eintrübung des deutsch-polnischen Klimas. Doch noch überwog in Deutschland wie in Polen die Bereitschaft zur Kooperation. Die Bundesregierung unter Gerhard Schröder, die sich auf eine

<sup>26</sup> So wurden in dem Bestseller von J. Friedrich, *Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940–1945*, Berlin 2002, Luftschutzkeller zu „Krematorien“, die Toten zu „Ausgerotteten“ und alliierte Bombenflieger zu „Einsatzgruppen“. Zur Kritik daran siehe H.-U. Wehler in „Welt am Sonntag“ vom 8 V 2005; vgl. J. Kranz, *Polen und Deutschland...*, S. 75, Anm. 82.

<sup>27</sup> Die Problematik wurde in verschiedenen Publikationen behandelt. So widmete sich im Jahr 2005 das Heft 1 der Central European History dem Thema: Germans as Victims during the Second World War.

<sup>28</sup> Zur Position von P. Glotz vgl. „Rheinischer Merkur“ vom 20 XI 2003; „Süddeutsche Zeitung“ vom 2 XII 2005. Glotz war von 1980–1987 Bundesgeschäftsführer der SPD und langjähriger Chefredakteur der Zeitschrift „Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte“. Er stammte aus dem Sudetenland, war also selbst „Heimatvertriebener“.

<sup>29</sup> Giordano gab Anfang Dezember 2007 bekannt, dass er sich aus der Stiftung zurückziehe, weil beim BdV und seiner Vorsitzenden Steinbach die deutschen Verbrechen der NS-Zeit „notorisch zu kurz“ kämen. Vgl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 3.12.2007.

<sup>30</sup> *Zwangsmigration und Vertreibung. Europa im 20. Jahrhundert*, hrsg. A. Kruke, Bonn 2006, S. 14.

<sup>31</sup> Die Preußische Treuhand wurde 2001 als GmbH&Co gegründet und sammelt Unterlagen für Sammelklagen.

<sup>32</sup> Siehe dazu die Entschließung des polnischen Parlamentes, des Sejm, vom 10 IX 2004. Deutsche Übersetzung u.a. in „Die Welt“ vom 13 IX 2004.

Koalition von SPD und Grünen stützte, distanzierte sich eindeutig vom Treiben der Preußischen Treuhand und von der problematischen Initiative eines nationalen Zentrums gegen Vertreibung. Es zeichnete sich stattdessen ein weitgehender, grenzübergreifender Konsens darüber ab, dass eine europäische Gedächtniskultur wünschenswert sei, die das Gemeinsame betone. Das galt auch für die offizielle Berliner Politik, in der rot-grün damals noch die Mehrheit besaß. Der Deutsche Bundestag fasste am 4. Juli 2002 einen Grundsatzbeschluss, einen „europäischen Dialog“ zu beginnen und sprach sich für ein „europäisch“ ausgerichtetes Konzept aus.<sup>33</sup> In der Danziger Erklärung vom 29. Oktober 2003 plädierten die beiden Staatspräsidenten Johannes Rau und Aleksander Kwaśniewski für ein europäisch angelegtes Netzwerk und einen ehrlichen deutsch-polnischen Dialog über das ganze Spektrum von Flucht und Vertreibung.<sup>34</sup> Die gleiche Position, d.h. die Ablehnung der Steinbach-Initiative und das Ja zu einem Dialog, vertrat auch Bundeskanzler Gerhard Schröder am 1. August 2004 bei seinem Polenbesuch.<sup>35</sup>

Dagegen stellte sich die CDU-Vorsitzende Angela Merkel auf dem CDU-Parteitag im Dezember 2004 öffentlich hinter das Steinbach-Projekt.<sup>36</sup> In dem gemeinsamen Regierungsprogramm von CDU und CSU von Juli 2005 hieß es, man wolle „im Geiste der Versöhnung“ mit „einem Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin ein Zeichen setzen, um an das Unrecht von Vertreibung zu erinnern und gleichzeitig Vertreibung für immer zu ächten“.<sup>37</sup> Diese Linie verfolgte Angela Merkel auch als neue Bundeskanzlerin konsequent weiter. Mit dem Regierungswechsel vom Herbst 2005 war in Deutschland im Kern die Entscheidung gegen ein europäisches, mit Polen abgestimmtes Netzwerkkonzept und für ein nationales deutsches Projekt gefallen. Im Koalitionsvertrag verständigten sich CDU/CSU und SPD auf ein „sichtbares Zeichen“ der Erinnerung an Flucht, Vertreibung und für Aussöhnung. Doch so wie die Gewichte verteilt waren, setzten die Kanzlerin und ihre Parteifreunde sich mit ihrer entgegenkommenden Haltung gegenüber dem BdV gegen die in der SPD durch, die nach wie vor ein europäisches Netzwerk favorisierten.

Während der Amtszeit des Zwillingspaars Kaczyński, Lech als Präsident (seit 2005) und Jarosław als Ministerpräsident (2006-2007) spitzten sich die deutsch-polnischen Konflikte drastisch zu. Zum besonderen Zankapfel wurde der Streit um den neuen EU-Vertrag und das Gewicht Polens in der EU. Doch auch der Ton beim Konflikt über das Vertreibungsprojekt wurde giftiger. Animositäten und Ressentiments zeigten sich auf beiden Seiten.<sup>38</sup> Es sei „Verrat an der Nation“, mit

<sup>33</sup> Vgl. „Die Zeit“ vom 17 VII 2003. Initiiert wurde dieser Beschluss vor allem von dem SPD-Abgeordneten Markus Meckel (SPD).

<sup>34</sup> Siehe dazu u.a. *Zwangsmigration und Vertreibung...*, S. 41.

<sup>35</sup> Siehe J. Kranz, *Polen und Deutschland: getrennte oder gemeinsame Wege der Geschichtsbewältigung? Juristisch-politische Bemerkungen aus polnischer Sicht*, Bonn 2005 (Friedrich-Ebert-Stiftung), S. 70.

<sup>36</sup> Vgl. J. Kranz, *Polen und Deutschland...*, S. 69f.

<sup>37</sup> „Deutschlands Chancen nutzen. Wachstum. Arbeit. Sicherheit. Regierungsprogramm 2005–2009“. Vgl. auch J. Kranz, *Polen und Deutschland...*, S. 69, Anm. 72.

<sup>38</sup> So entzündete sich über einen Beitrag der Berliner Tageszeitung „taz“, der Polens Präsident Lech



den Deutschen über deren „Vertriebenenmuseum“ zu sprechen, polterte Jarosław Kaczyński. Es habe überhaupt keine „Vertriebenen“ gegeben, sondern nur „Ausgesiedelte“.<sup>39</sup> Ein anti-deutsches Vokabular prägte die Äußerungen der Kaczyński-Zwillinge wie ihrer national-konservativen Freunde und Erika Steinbach lieferte ihnen mit unsäglichen Vergleichen genügend Munition.<sup>40</sup>

Mit einer eigenen Ausstellung „Erzwungene Wege“, die wie in einem großen Panorama Flucht und Vertreibungen im 20. Jahrhundert thematisierte, suchten Erika Steinbach und der BdV dem Vorwurf zu begegnen, dass sie an einem deutschen Opfermythos strickten.<sup>41</sup> Im Bonner Haus der Geschichte wurde 2005 ebenfalls eine Ausstellung zum Thema Vertreibung präsentiert, die die Integration der Vertriebenen in der Bundesrepublik in den Mittelpunkt rückte. Der von NS-Deutschland entfesselte Krieg wurde in ihr als Hauptursache für die folgenden Vertreibungen benannt, also der Bogen von 1939 nach 1945 gespannt. Damit sollten auch die Vorwürfe aus Polen widerlegt werden, die Deutschen wollten ihre Geschichte umschreiben.<sup>42</sup> Doch solche Signale kamen kaum an, zu sehr war dort die Kritik auf das „Zentrum gegen Vertreibungen“ als Zumutung für die polnische Nation und auf Erika Steinbach als Feindbild fixiert.

Erst der Regierungswechsel in Polen nach den Sejm-Wahlen von 2007 führte zu einer gewissen Entkrampfung. In diesem Jahr gelang nach intensiven Gesprächen, die der Kulturstaatsministers Bernd Neumann Anfang Februar in Warschau führte, ein zumindest vorläufiger Durchbruch. Die neue Regierung von Donald Tusk akzeptierte das Vorhaben eines „sichtbaren Zeichens gegen Flucht und Vertreibung als eine „deutsche Angelegenheit“. Das Bundeskabinett beschloss schließlich Ende März 2008, ein Dokumentationszentrum im früheren Deutschlandhaus in Berlin zu errichten. Als Träger sollte eine unselbständige Stiftung fungieren, für die der Bund das Geld zur Verfügung stellen würde. Veranschlagt wurden für die entsprechende Ausstattung des Deutschlandhauses zunächst 29 Millionen Euro; die jährlichen Betriebskosten sollten bei 2,4 Millionen Euro liegen.<sup>43</sup> Neben der Dauerausstellung, die sich auf die im Bonner Haus der Geschichte schon gezeigte Dokumentation stützen sollte, wurden ein Archiv und Wanderausstellungen eingeplant. Weitere historische Forschungen galten ausdrücklich als erwünscht.

Der Bund der Vertriebenen zeigte sich zufrieden. Für die Konkretisierung des Projektes wurde zunächst eine internationale Wissenschaftler-Konferenz vorgesehen. Bei der Ausgestaltung sollten dann auch polnische Historiker mitwirken. Dennoch sind viele Einwände und Bedenken damit längst noch nicht alle

---

Kaczyński mit einer Kartoffel verglich ein heftiger Streit, worauf dieser ein Treffen des Weimarer Dreiecks absagte.

<sup>39</sup> Vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 5 II 2008.

<sup>40</sup> So verglich sie in einem Interview vom 6 III 2007 in der „Neuen Passauer Presse“ die polnischen Regierungsparteien mit deutschen Rechtsextremisten.

<sup>41</sup> Vgl. u.a. „Frankfurter Rundschau“ vom 16 VI 2007 und „taz“ vom 3 XI 2007.

<sup>42</sup> Vgl. bes. „Süddeutsche Zeitung“ vom 5 II 2008 („Vertrieben oder ausgesiedelt?“).

<sup>43</sup> Vgl. die „Zeitungsberichte“ vom 20.–21 III 2008.





obsolet. Die Animositäten in Polen gegen Frau Steinbach bleiben bestehen.<sup>44</sup> Die Zusage, dass das Schicksal der deutschen Vertriebenen nicht losgelöst von dem betrachtet werden soll, was NS-Deutschland angerichtet hat, ist verbindlich und sollte ernst genommen werden. Die verständlichen Vorbehalte in Polen, dass hier ganz unterschiedliche Opfer auf eine Ebene gestellt würden, sind damit freilich nicht ausgeräumt. Die Chance, die zwischen beiden Ländern problematischen Fragen sensibel in einem europäischen Kontext anzugehen, wurde vertan.

Bei nüchterner, realistischer Betrachtung der politischen Gegebenheiten in Berlin war abzusehen, dass die Entscheidung so fallen würde, wie es jetzt geschah. In Kern verfolgten Kanzlerin Angela Merkel und die Unionsparteien eine Strategie, deren Hauptmotive innenpolitischer Natur waren. Es ging ihnen darum, sich möglichst weiter die Stimmen aus dem früheren Vertriebenenmilieu zu verpflichten und einer Stimmung Rechnung zu tragen, die seit einigen Jahren stärker die Leiden der Deutschen ins Visier nahm. Bezogen auf Polen suchten sie nur nicht zu viel Porzellan zu zerschlagen und wenigstens einige entgegenkommende Akzente zu setzen.

Erst recht kam in Polen einem gewissen Lager der Konflikt aus innenpolitischen Gründen sehr zupass. Das System der Kaczyńskis baute doch darauf, durch das Schüren von Vorurteilen gegen Deutschland und die Deutschen politisch zu profitieren. Sie nahmen billigend in Kauf, dass sie mit ihren überzogenen nationalen bis nationalistischen Tönen nicht nur in Deutschland aneckten, sondern auch in vielen anderen europäischen Staaten schlecht ankamen. Dem Ansehen Polens in Europa hat das nicht genutzt, sondern geschadet. Der Ausgang der letzten Sejm-Wahlen und das bisherige Auftreten der neuen Regierung Tusk bezeugt aber, wie sehr Polen im westlich geprägten Europa angekommen ist. Niemand wird bestreiten, dass die deutsch-polnischen Beziehungen in den letzten Jahren nicht zum Besten standen und von Animositäten geprägt wurden. Doch es ist indirekt auch ein Beleg für die schon gewonnene Stabilität, dass solche Krisen entschärft und halbwegs gemeistert werden können.

### **Der bessere Weg – europäisches Netzwerk und Brückenschläge**

Von der Politik bis ins private Gespräch wird oft schnell offenbar, wie sehr das Erinnern an die jüngeren deutsch-polnischen Vergangenheiten von unterschiedlichen nationalen Gedenkkulturen geprägt, wie stark Begriffe oft anders besetzt sind und Geschichte zum Politikum wird. Doch eine kritisch, unverfälscht aufgearbeitete Vergangenheit eröffnet auch Chancen. Sie kann das bessere gegenseitige Verstehen fördern und zu einem gedeihlichen Miteinander der beiden Nachbarn beitragen. Der leidige Konflikt über das Vertriebenenprojekt überdeckte, wie viel

<sup>44</sup> Die sonst sehr moderate „Gazeta Wyborcza“ nannte Anfang Februar 2008 die Frage, ob Erika Steinbach als Vertreterin des BdV dabei beteiligt würde, das „größte deutsch-polnische Problem“. Siehe „Süddeutsche Zeitung vom 5 II 2008.



an positiven Brückenschlägen in den letzten Jahrzehnten schon geleistet wurde. Dazu haben Wissenschaftler, Publizisten, Politiker und ganz einfache Menschen aus beiden Ländern ihren Beitrag geleistet. Das lässt sich an vielen Beispielen belegen.

Die Aktion Sühnezeichen, so Marek Prawda, „ist eine unverzichtbare deutsch-polnische Erfahrung der Nachkriegszeit“.<sup>45</sup> Kreisau, der frühere Treffpunkt des Widerstandes gegen das NS-Regime, wurde zu einer Stätte der Begegnung im europäischen Sinn und die Internationale Jugendbegegnungsstätte Oświęcim/Auschwitz zu einem Ort, wo tiefsitzende Verletzungen durch Menschlichkeit aufgefangen wurden.

Die deutsch-polnische Schulbuchkonferenzen, das Deutsche Historische Institut in Warschau, das Willy-Brandt-Zentrum in Wrocław/Breslau, die deutsch-polnische Gesellschaft, Historikertreffen, Konferenzen sowie viele lokale Initiativen, deutsch-polnische Treffen, Städte- und Schulpartnerschaften trugen ihr Teil dazu bei, Brücken zu bauen. Die Restaurierung und Wiedererrichtung deutscher Baudenkmäler wie etwa in Wrocław/Breslau und Gdańsk/Danzig stand für die Pflege historischen Erbes. Im deutsch-polnischen Grenzraum und gerade in den Städten gab es über viele Jahrzehnte und Jahrhunderte doch auch ein friedlich-fruchtbares Miteinander. Die Polenbegeisterung in den Jahren 1830-1832 bezeugt, wie sehr sich demokratische Kräfte in Deutschland mit dem polnischen Freiheitskampf gegen den Zarismus solidarisierten. Eine Ausstellung in Deutschland erinnerte kürzlich daran.<sup>46</sup> Solche symbolischen Akte des Gedenkens an das beide Völker verbindende hohe Gut der Freiheit setzen Zeichen, dem weitere in beiden Ländern folgen sollten. Sie bilden Pfeiler der Verständigung.

Ein auch in die Zukunft weisendes Modell für eine fruchtbare Partnerschaft bietet die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung. Mit keinem anderen Nachbarland ist dieser Dialog so eng wie mit Polen. Er stand und steht unter dem von Willy Brandt für seine Polenpolitik geprägten Motto: Nie mehr eine Politik über Polen hinweg.<sup>47</sup> Mit seiner Person und Politik verkörperte er den ehrlichen, aufrichtigen Willen zur Verständigung mit Polen. Seine Botschaft wirkt bis heute nach.<sup>48</sup> Neben dem Mahnmal für die Opfer des Ghettoaufstandes von 1943 steht seit 2000 ein Denkmal für Willy Brandt in Warschau. Die Initiative dazu kam von dem polnischen Publizisten Adam Krzeminski. Eine solche Art der Erinnerung weist über die Vergangenheit hinaus in die Zukunft. Der Kniefall von Willy Brandt 1970 als Geste des Respekts vor den Opfern und die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze legten die Basis zu einer allmählichen Annäherung zwischen Deutschen und Polen. Sie

<sup>45</sup> *Polnische und deutsche Erinnerungsdiskurse nach Auschwitz*, hrsg. F. Boll, Bonn 2007 (Friedrich-Ebert-Stiftung), S. 31.

<sup>46</sup> Organisiert wurde sie von der Friedrich-Ebert-Stiftung, in deren Räumen sie gezeigt wurde.

<sup>47</sup> So P. Brandt in *Polnische und deutsche Erinnerungsdiskurse nach Auschwitz*, Bonn 2007 (Friedrich-Ebert-Stiftung), S. 8.

<sup>48</sup> Im Juni 2007 befasste sich eine Historikertagung in Warschau mit „Willy Brandt und Polen“. Sie wurde gemeinsam organisiert von der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, dem Historischen Institut der Universität Warschau, dem Willy-Brandt-Zentrum in Wrocław/Breslau und dem Warschauer Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung.



stehen als Symbol für eine positive, von Verständnis getragene Ausgestaltung der Beziehungen. Trotz tiefer Wunden und jeweils eigener nationaler Traditionen wie Mentalitäten verbindet Polen und Deutsche eine gemeinsame Geschichte, die nicht nur dunkle Kapitel enthält, sondern auch ihre hellen Seiten hat. Dies sollten beide Seiten bedenken. Aus einem partnerschaftlichen Geist heraus lassen sich auch schwierige und schmerzliche Erblasten gemeinsam angehen.

Das problematische Thema der Vertreibungen musste nicht zwangsläufig zum heftigen Konfliktfall werden. Neben dem strittigen, trennenden Modell, wie es sich mit einigen Modifikationen letztlich durchgesetzt hat, gab es gute, vielversprechende Ansätze zu einem verständnisvollen, zukunftsweisenden Miteinander. Das gilt sowohl für die politisch-staatliche wie erst recht für die gesellschaftliche Ebene. In Polen brachten aufrechte Persönlichkeiten durchaus Verständnis für das Leid auf, das den Vertriebenen widerfahren war. Gerade die Polen waren ja selbst in mehrfacher Hinsicht Opfer von Zwangsumsiedlung und Vertreibung, zunächst durch die brutale deutsche Besatzungspolitik und dann die Westverschiebung als Konsequenz des von NS-Deutschland entfesselten und verlorenen Krieges. In beiden Ländern erhoben sich ernsthafte, gewichtige Stimmen, die sich für ein verbindendes Erinnern an die Schrecken des Krieges und seiner Folgen einsetzten.

In Polen stießen der Publizist Adam Krzeminski und der Politiker Adam Michnik, unterstützt von Władysław Bartoszewski, die Debatte an. In einem offenen Brief an den deutschen Bundeskanzler und den polnischen Ministerpräsidenten von Mai 2002 und einem Artikel in der „Zeit“ sprachen sie sich für ein europäisch ausgerichtetes Projekt zum Gedenken an Deportation, Aussiedlung und Vertreibung aus. Breslau erschien ihnen dafür als geeignete, weil symbolische Stadt.<sup>49</sup> Auf deutscher Seite war es besonders der SPD-Abgeordnete Markus Meckel<sup>50</sup>, der sich für diese Idee einsetzte. Vor allem auf seine Initiative sprach sich der Deutsche Bundestag ausdrücklich für eine europäisch ausgerichtete Einrichtung aus.<sup>51</sup> Ein internationales Fachkolloquium befürwortete ebenfalls ein europäisches Zentrum gegen Vertreibungen.<sup>52</sup> Mit der Danziger Erklärung von Oktober 2003 stellten sich auch die beiden Staatspräsidenten Rau und Kwaśniewski hinter ein solch zukunftsweisendes Projekt eines europäisch angelegten Netzwerkes, dass „alle Fälle von Umsiedlung, Flucht und Vertreibung“ des 20. Jahrhunderts in Europa „gemeinsam neu bewerten und dokumentieren“ sollte.

<sup>49</sup> Siehe „Die Zeit“ vom 20. VI. 2002 („Wo Geschichte europäisch wird“).

<sup>50</sup> Vgl. „Neue Osnabrücker Zeitung“ vom 16. V. 2002. Markus Meckel war Vorsitzender der deutsch-polnischen Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag. Er hatte im Herbst 1989 die Sozialdemokratie in der DDR maßgeblich mitgegründet und war während des anstehenden Einigungsprozesses 1990 Außenminister der DDR gewesen.

<sup>51</sup> Vgl. oben bei Anm. 40.

<sup>52</sup> Vgl. *Denkanstöße*, in: *Vertreibungen europäisch erinnern?*, hrsg. D. Bingen, S. Troebst, W. Borodzziej, S. 316–318; die Erklärung des Kolloquiums auch in: „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“ 2003, Nr. 51, S. 102–104.



Sie befürworteten dazu einen „aufrichtigen Dialog“ zwischen Deutschen und Polen über diese „unsere Vergangenheit und gemeinsame Zukunft“ betreffende Frage.<sup>53</sup>

Eine große international besetzte Konferenz von Experten aus acht Ländern verabschiedete im März 2004 die „Bonner Erklärung: Europäisches Netzwerk gegen Zwangsmigration und Vertreibung im 20. Jahrhundert“.<sup>54</sup> Sie wurde zur Grundlage über die Gründung eines entsprechenden europäischen Netzwerkes durch die Regierungen und mündete am 2. Februar 2005 in eine Erklärung der Kulturminister Polens, Ungarns, der Slowakei und Deutschlands. Mit ihr wurde das „Europäische Netzwerk Erinnerung und Solidarität“ als eine Stiftung polnischen Rechts mit Sitz in Warschau gegründet.<sup>55</sup>

Das konfliktreiche Thema der Vertreibungen nicht national einseitig aufzubereiten, sondern es in einen europäischen Kontext zu stellen, wies einen brauchbaren Weg zu einer Verständigung zwischen Polen und Deutschen über eine schmerzliche Geschichte. Eine solche Europäisierung der Gedächtnis- und Erinnerungskultur hätte eine Brücke zwischen beiden Ländern schlagen können, bei der Geschichte nicht nur als Last, sondern zugleich als Chance gesehen wurde. Dies galt gleichfalls für die sowohl von polnischer wie deutscher Seite ins Spiel gebrachte Überlegung, Wrocław/Breslau als Ort des gemeinsamen Gedenkens an das Schicksal von Flucht, Umsiedlung und Vertreibung zu wählen. Auf ihre Art markierten diese Bestrebungen den wohl unstrittig besseren Weg in die Zukunft einer verbindenden und nicht trennenden Erinnerungskultur. Politik und Medien in beiden Ländern sollten daraus ihre Lehren ziehen. Es gilt die Asymmetrie im Beziehungsgeflecht zu beenden, zu einer wirklichen gleichrangigen Partnerschaft zu finden und die Gräben bitterer Vergangenheit zu überwinden. Warum es geht, ist die eigene Geschichte mit dem Nachbarn in einem Geist der Versöhnung zu teilen und sie in einen europäischen Kontext einzubetten.

Die deutsch-polnischen Beziehungen sind besser und stabiler, als sich das viele früher hätten träumen können. Im Jahr 2007 schienen sie zwar auf einem Tiefpunkt angekommen, als der Konflikt um den EU-Vertrag bedenklich eskalierte. Doch weder waren und sind die Kaczyński-Zwillinge repräsentativ für alle Polen noch Erika Steinbach und auch nicht Angela Merkel für alle Deutschen. Meinungsumfragen aus dieser Zeit in Deutschland wie Polen belegen, dass sich ungeachtet der damaligen Querelen und Kontroversen das Bild der Deutschen von den Polen und ebenso umgekehrt die Haltung der Polen zu den Deutschen nicht negativ verändert, sondern sich verbessert hatte.<sup>56</sup> Offenkundig sind die Bürger

<sup>53</sup> Siehe oben bei Anm. 28.

<sup>54</sup> Siehe A. Kruke, *Zwangsmigration und Vertreibung...*, mit dem Wortlaut der Erklärung, S. 33–36. Aus Polen unterzeichneten sie Włodzimierz Borodziej (Universität Warschau), Krzysztof Ruchniewicz (Direktor des Willy-Brandt Zentrums in Breslau), Róża Thun (Robert-Schuman-Stiftung, Warschau).

<sup>55</sup> Vgl. A. Kruke, *Zwangsmigration und Vertreibung...*, S. 11 mit weiterführenden Literaturangaben.

<sup>56</sup> Bei der schon erwähnten Konferenz über „Willy Brandt und Polen“ von Juni 2007 in Warschau wurden die Ergebnisse dieser Umfragen von Klaus Ziemer, dem Direktor des Deutschen Historischen Instituts in Warschau, präsentiert und analysiert.



manchmal weiter als einige Politiker und Publizisten, die Zwietracht schüren, statt einen ehrlichen, aufrichtigen Dialog zu suchen. Dies ist ein gutes hoffnungsfrohes Zeichen für die Kraft einer zivilen Gesellschaft und einer lebendigen Demokratie, die in Frieden und Freundschaft mit dem Nachbarn leben will – in Polen wie in Deutschland.

### Zusammenfassung

Die Debatte um ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ belastet nun schon seit Jahren die deutsch-polnischen Beziehungen. Überschattet wurde sie von den schwierigen historischen Erblasten, häufig fehlender Sensibilität und Versuchen, sie politisch zu instrumentalisieren. Wir sollten uns jedoch stets vor Augen führen, dass es nicht das eine Deutschland und auch nicht das eine Polen gibt. In beiden Ländern existierten gravierende Vorbehalte, politisch wie mental. Aber es zeigten sich auch viele positive Ansätze von Verständigung, Kooperation, Aussöhnung und guter Nachbarschaft. Das galt selbst für das heikle Thema von Zwangsmigration und Vertreibung.

Eine in sich konsistente, richtungsweisende Geschichtspolitik gibt es so in Deutschland nicht, auch nicht bezogen auf Polen. Der innerdeutsche Diskurs um die „Vertreibungsproblematik“ wurde durch die „ethnischen Säuberungen“ auf dem Balkan und Veränderungen in der Gedenkkultur beeinflusst. Während diese bis dahin vorrangig um die NS-Herrschaft und den Holocaust kreiste, rückten nun auch die Leiden von Deutschen in und durch den von NS-Deutschland entfesselten Krieg in den Fokus. In anderen europäischen Ländern, besonders in Polen, stieß dies auf Unverständnis und Verärgerung.

Das von Erika Steinbach und dem BdV verfolgte Ziel eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ verstörte nicht nur viele in Polen, auch in Deutschland überwogen die Vorbehalte. Die rot-grüne Regierungskoalition unter Gerhard Schröder distanzierte sich von dem problematischen Vorhaben. Sowohl Bundesregierung wie Bundestag (2002) und die beiden Staatspräsidenten von Deutschland und Polen (Danziger Erklärung 2003) sprachen sich stattdessen für ein übergreifendes europäisches Konzept und einen offenen deutsch-polnischen Dialog aus. Die politische Wende erfolgte durch Angela Merkel (CDU), die als Bundeskanzlerin ein modifiziertes, nationales Konzept des Steinbach-Projektes durchsetzte. Verärgerungen in Polen nahm sie in Kauf. Der Regierungswechsel in Polen (2007) führte zu einer gewissen Entkrampfung. Im März dieses Jahres fiel die Entscheidung des Bundeskabinetts für ein Dokumentationszentrum in Berlin.

Die Chance, eine zwischen beiden Ländern problematische Thematik, sensibel in einem europäischen Kontext anzugehen, wurde vertan. Dabei gibt es viele gute Beispiele einer fruchtbaren, vertrauensvollen Zusammenarbeit und eines partnerschaftlichen Miteinanders von Polen und Deutschen. Auch beim strittigen Komplex Zwangsmigration und Vertreibung gab es sowohl auf der gesellschaftli-





chen wie auch auf der staatlichen Ebene ernsthafte, gewichtige Stimmen, die sich für ein verbindendes Gedenken an die Schrecken des Krieges und seiner Folgen einsetzten. Eine solche Europäisierung der Gedächtniskultur konnte eine Brücke zwischen beiden Ländern bilden, bei der Geschichte nicht nur Last war, sondern zugleich als Chance gesehen wurde. Diese Bestrebungen markierten den wohl unstrittig besseren Weg in die Zukunft einer nicht trennenden, sondern verbindenden Erinnerungskultur. Politik, Medien und die Menschen in beiden Ländern sollten daraus ihre Lehren ziehen. Die deutsch-polnischen Beziehungen sind trotz mancher Irritationen besser und stabiler, als sich das viele früher hätten erträumen können. Die Bürger beider Länder sind dabei offenkundig oft weiter als einige Politiker und Publizisten, die Zwietracht schüren, statt den aufrichtigen Dialog zu suchen. Dies ist ein hoffnungsfrohes Zeichen für die Kraft einer zivilen Gesellschaft und einer lebendigen Demokratie, die in Frieden und Freundschaft mit dem Nachbarn leben will – in Polen wie in Deutschland.

